Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6698 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 114. Halle a. d. Saale, Freitag, den 9. März 1900.

Fleischschaugesetz und Flottenvorlage.

□ Am letzten Donnerstage hat im Reichstage die zweite Lesung des Fleischschaugesetzes begonnen. Dieser Gesetzentwurf hat eine politische Bedeutung, die weit über den materiellen Inhalt der Vorlage hinausgeht. Bei Einbringung des Entwurfs hat wohl kaum jemand vermuthet, daß die Angelegenheit sich zu einer politischen Frage ersten Ranges zuspitzen würde. Von den Agrariern ist das Fleischschaugesetz mit der Flottenvorlage verkoppelt worden in einer ähnlichen Art, wie in der vorigen Session im preußischen Landtage die Kanalvorlage mit dem Gemeindewohlgesetz verkoppelt worden ist. Der politische Grundsatz do ut des, der zu deutsch am besten mit dem Namen „Kuhhandel" bezeichnet wird, spielt auch beim Fleischschaugesetz eine entscheidende Rolle.

Man erkennt jetzt, weshalb die Agrarier sich bisher der Flottenvorlage gegenüber spröde verhielten, weshalb die agrarischen Blätter eifrig Stimmen aus dem Lande gegen das Flottengesetz angesammelt haben. Um Entgegenkommen der Regierung gegenüber den agrarischen Forderungen in der Frage der Fleischversorgung zu erzwingen, ist der Anschein erweckt worden, als ob die agrarischen Stimmen im Reichstage nicht für die Flottenvorlage zu haben seien würden. Wie man in parlamentarischen Kreisen hört, hat die Befürchtung, daß der agrarische Widerstand das Schicksal des Flottengesetzes gefährden könne, die entscheidende Stelle bereits zu weitgehendem Entgegenkommen veranlaßt. Es tritt mit aller Bestimmtheit die Behauptung auf, daß die Reichsregierung thatsächlich dem Beschlusse der Kommission zustimmen werde, wonach die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande (mit Ausnahme von Speck und Schmalz) vom 1. Januar 1904 ab verboten werden soll. Um die ganze Bedeutung dieser Kapitulation zu verstehen, muß hervorgehoben werden, daß in der Kommission selbst die Vertreter der Regierung den schärfsten Widerspruch gegen den § 14 der Vorlage, der das Fleischeinfuhrverbot enthält, erhoben haben. Der Bericht der Kommission ist jetzt festgestellt worden; nach diesem Bericht hat Graf Posadowsky erklärt, es unterliege den größten Bedenken, daß nach Ablauf des Jahres 1903 jede Fleischeinfuhr, mit Ausnahme von Speck und Schmalz, unbedingt verboten sein solle. Ob bis dahin die deutsche Landwirthschaft imstande sein werde, unseren gesammten Fleischbedarf zu decken, sei zum mindesten zweifelhaft. Die Gefahr einer Fleischvertheuerung, wie sie vor nicht langer Zeit bei nahezu vollständiger Schließung der Grenzen für die Fleischeinfuhr nahe gerückt war, würde durch ein so weitgehendes Einfuhrverbot naturgemäß erheblich verschärft. Wenn aber unter der Herrschaft eines solchen Verbotes die Fleischpreise einmal eine die Volksernährung gefährdende Höhe erreichen sollten, so werde unter Umständen in Betracht kommen, ob die Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh zu öffnen seien, wodurch die Landwirthschaft trotz der sorgfältigsten Kontrolle einer erhöhten Seuchengefahr ausgesetzt würde. Endlich aber sei zu berücksichtigen, daß das Ausland auf so einschneidende Verkehrsbeschränkungen bald mit Gegenmaßregeln antworten würde, die sich möglicherweise auch auf wichtige landwirthschaftliche Erzeugnisse erstrecken könnten. Im Hinblick auf die wirthschaftlichen Folgen könne nur dringend davor gewarnt werden, dem in Aussicht genommenen Einfuhrverbot zuzustimmen, vielmehr solle man sich mit den nicht zu unterschätzenden Vortheilen, die eine allgemeine Untersuchung alles aus dem Auslande eingehenden Fleisches gegenüber dem jetzigen Zustande mit sich bringe, begnügen. Alle diese Bedenken, die mit gleicher Bestimmtheit auch von anderer Seite, namentlich von den Handelskammern geltend gemacht werden, sollen jetzt einfach preisgegeben werden. Die Agrarier wollen das Verbot der Fleischeinfuhr und die Regierung kapituliert, um die Stimmen der Agrarier für die Flottenvorlage nicht zu verlieren.

Was das Verbot der Fleischeinfuhr für das deutsche Volk bedeutet, liegt auf der Hand. Es hat eine Erschwerung der Fleischversorgung, namentlich für die ärmeren Klassen zur Folge und — das ist der Hauptzweck des agrarischen Vorgehens — eine ganz erhebliche Vertheuerung des heimischen Fleisches. Darüber hinaus aber zeitigt das Verbot der Fleischeinfuhr die Gefahr, daß unsere wirthschaftlichen Verhältnisse zum Ausland, namentlich zu Amerika, auf das Bedenklichste verschlechtert und die Erneuerung der Handelsverträge gefährdet werden. Das ganze wirthschaftliche Leben der Nation wird in Gefahr gebracht — und alles, um die Agrarier bei gutem Willen zu erhalten. Die Handelskreise, die sich der Flottenagitation angeschlossen haben, müßten jetzt erkennen, was es mit der Phrase für eine Bewandtniß hat, daß der Schutz der Handelsinteressen die geforderte Vermehrung der Kriegsflotte bedingt. Die Handelsinteressen bedeuten gar nichts, wenn agrarische Forderungen in Frage kommen. Hoffentlich wird diese Erfahrung auf den kritiklosen Enthusiasmus mancher Kreise abkühlend wirken.

Deutsches Reich.

Das Fiasko der Waarenhaussteuer,
wie sie von der Regierung vorgeschlagen ist, wird jetzt auch von ihren früheren eifrigsten Befürwortern zugestanden. Selbst das Hauptorgan der Antisemiten, der frühere Ahlwardt-Monitteur, Die Waarenhaus-Auswüchse könnten nur durch eine richtige Bodenreform wirksam bekämpft werden.

„So lange die außerordentliche Bewerthung des Baugrundes und Straßenterrains in unseren großen Städten auf keinerlei Weise durch eine richtige Bodengesetzgebung bekämpft wird," schreibt das Blatt, „so lange wird das Waarenhaus sein Uebergewicht vielfach in erdrückender Weise geltend machen können. Denn nur auf diese Weise ist es in einer solchen Großstadt möglich, die Konkurrenz der Spezialgeschäfte zu unterbieten, ohne selber zu Schaden zu kommen. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint es ferner durchaus nicht unmöglich, daß der Inhaber eines solchen Waarenhauses nun, um der drohenden Steuer zu entgehen, einfach sich wieder in den großen Hausbesitzer zurückverwandelt und, statt alle Geschäfte in seiner eigenen Hand zu vereinigen, die einzelnen Branchen verschiedenen Unternehmern übergiebt, d. h. ihnen die Räume seines Hauses vermiethet."

Das Antisemitenblatt hat natürlich keine Ahnung, wie sehr es sich mit dem Vorschlage einer Bodenreformgesetzgebung der sonst so verhaßten Sozialdemokratie nähert.

Zur Geschichte der „Berliner Bewegung."

Dem „Vorwärts" fällt es auf, daß nicht nur der Entwurf des Finanzministers, sondern auch konservative Abgeordnete in der Kommissions-Berathung der Waarenhaus-Steuer um die Besteuerung der großen Versandtgeschäfte herumgehen wie Katzen um einen allzu heißen Brei. Dies Verhalten ist dem „Vorwärts" so auffällig, daß er nach Gründen anderer, nicht in der Sache liegenden Art sucht, um sie zu erklären.

Die Firma Rudolph Hertzog, so schreibt das sozialdemokratische Blatt, hat ihre Kunden zum Theil im hohen Adel. Sie ist außerdem sehr „patriotisch" und übertrifft bei jeder Illumination alle Hoflieferanten. Die Konservativen, deren Presse durch Hertzog's Inserate stark gefördert wird, sind also sowohl als Kunden wie aus dankbarer Erinnerung an die Verdienste der Firma Hertzog um die konservative Sache geneigt, dies Versandtgeschäft zärtlich zu schonen, obwohl es die kleinen Provinzialgeschäfte mehr schädigt als alle Waarenhäuser des Wertheimstifts zusammengenommen. Bei dieser Gelegenheit sei aber auch an die sehr merkwürdige und in ihren Einzelheiten bisher nicht weiteren Kreisen bekannt gewordene Thätigkeit erinnert, die der alte Rudolph Hertzog in der Berliner Bewegung entfaltet hat. Man weiß, daß der verstorbene Rudolph Hertzog zu Anfang der achtziger Jahre als Spender großer Geldsummen für die antisemitisch-konservative Bewegung in Berlin auftrat. Er gab einigemale 80 bis 100,000 M., mit der Bedingung, daß diese Summe sofort und vollständig für großenantisemitisch-konservative Volksfeste verbraucht werden sollten. Ganz Berlin wurde zu Freibier und Musik eingeladen und es gelang wirklich, an einem Tage 100,000 M. zu verpulvern. Stöcker hat öffentlich gegen diese Art von Wäsche gesprochen und behauptet, dadurch sei ihm seine Berliner Bewegung ruinirt. Aber es half ihm nichts. Hertzog mit seinen 100,000 Mark war Trumpf. Aber es war nicht der Geschäftsmann Rudolph Hertzog, der hinter jener Bedingung stand, wie er es auch nicht war, der das Geld hergab. Das Geld oder wenigstens der größte Theil davon ist aus geheimen Fonds geflossen; die Mimikrieens des Großkaufmanns brauchte man als einen glaubhaften Vorwand, um die Herkunft des Geldes zu verschleiern. So kam es, daß in Rudolph Hertzog's Händen die Fäden der geheimen Geschichten der nicht sehr reinlichen „Berliner Bewegung" zusammenliefen.

Parlamentarisches.

* Mit dem Dreiklassen-Wahlsystem sollen bekanntlich die Hohenzollernschen Lande beglückt werden. Dagegen ist in Hechtingen und Sigmaringen von Volksversammlungen eine Eingabe an das preußische Abgeordnetenhaus beschlossen worden, in der neuen hohenzollernschen Gemeindeordnung das bisherige geheime direkte Wahlrecht mit Ausschluß der Dreiklassenwahl für sämmtliche Gemeinde- und Kommunalwahlen beizubehalten. Diese Eingabe erhielt im Lande Hohenzollern gegen elf stand Unterschriften, das ist bei 66,000 Einwohnern ungefähr die Zahl sämmtlicher Stimmberechtigten. Der Wunsch der Hohenzollerauer, ihr Wahlrecht beizubehalten, wird überall verstanden werden, nur nicht — im preußischen Landtage. Und darum wird er nicht in Erfüllung gehen.

Soziale Angelegenheiten.

* Der Berliner Fachkongreß der Gastwirthsgehilfen nahm in der Lohn- und Trinkgeldfrage eine Resolution an, die mit allen gegen 3 Stimmen von der Regierung ein Gesetz bezw. Verordnung fordert, wonach es den Unternehmern im Gastwirthsgewerbe bei Strafe untersagt ist, ihren Gehilfen irgend welche Bezahlung aufzuerlegen, die gewöhnlich durch die Namen „Bruch", „Reinigungskosten", „Hilfskräfte" oder welche Bezeichnung es immer sei, ausgedrückt wird. Weiter wird von der Regierung und den Kommunalbehörden eine Verordnung verlangt, daß in allen mittelbar oder unmittelbar unter ihnen stehenden Betrieben, als Eisenbahn-Restaurationen, Kurhäusern, Rathskellern usw., die Bezahlung der Arbeitskräfte eine solche sein muß, daß sie den Angestellten entbehrt, auf ein Einkommen von Trinkgeld angewiesen zu sein, oder wenigstens die Wächter derartiger Betriebe zur Zahlung des jeweilig festgesetzten Lohntarifes kontraktlich zu verpflichten.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

162. Sitzung vom 8. März. 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Schlachtvieh- und Fleischschau-Gesetzes. Die Berathung der §§ 1, 2 und 14 wird verbunden.

§ 1 lautet im wesentlichen nach der Regierungsvorlage: Rindvieh, Schafe, Ziegen, Pferde, deren Fleisch zum Genuß für Menschen verwendet werden soll, unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Bei Nothschlachtungen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben. Die Kommission hat die Worte „und Hunde" hinzugefügt und im zweiten Absatz: „Der Fall der Nothschlachtung liegt dann vor, wenn zu befürchten steht, daß das Thier bis zur Ankunft des Beschauers verenden oder das Fleisch durch Verschlimmerung des krankhaften Zustandes wesentlich an Werth verlieren würde oder wenn das Thier infolge eines Unglücksfalles sofort getödtet werden muß."

§ 2 handelt von den Hausschlachtungen. Die Regierungsvorlage bestimmte, daß die Untersuchung von Schafen und Ziegen sowie von noch nicht drei Monate alten Kälbern und Schweinen unterbleiben dürfe, wenn die Thiere keine Merkmale einer Krankheit zeigen und das Fleisch nur im eigenen Haushalt verwendet wird. Statt dessen schlägt die Kommission vor, daß die Untersuchung bei allen Schlachtthieren unterbleiben kann, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, sofern sie keine Merkmale einer Erkrankung zeigen.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) u. Gen. beantragen, den § 2 zu streichen.

§ 14 enthält die Einfuhrverbote. Hier hat die Kommission wesentliche Erschwerungen der Einfuhr gegenüber der Regierungsvorlage vorgeschlagen und u. a. die Einfuhr von eingepökeltem oder ähnlich zubereitetem Fleisch mit Ausnahme von Schweineschinken, Speck, Därmen, Büchsenfleisch, Würsten und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleisch in das Zollinland überhaupt verboten.

Abg. Gerstenberger (C.) ist mit dem Gesetz einverstanden und meint, dasselbe werde auch der Industrie und den Arbeitern nichts schaden. (Widerspruch.) Redner spricht sich aber gegen die Einbeziehung der Hausschlachtungen aus, die praktisch nicht durchzuführen sei. Der Untersuchungszwang für die Hausschlachtung würde der Landwirthschaft 6 Millionen kosten. Ohne die Doppeluntersuchung des vom Auslande eingeführten Fleisches gehe es nun einmal nicht, die Herren vom Reichsgesundheitsamt hätten die Doppeluntersuchung für absolut nothwendig erklärt. Deutschland könne das zum Konsum gebrauchte Fleisch selbst erzeugen. Es wäre das beste, die Einfuhr von Fleisch, Speck usw. ganz zu verbieten, wenn im Auslande solche Untersuchung nicht möglich sei. Möge man auch einmal ein wenig für die deutsche Landwirthschaft sorgen.

Abg. Frese (frs. Vgg.): Der Abg. Gerstenberger meinte, daß das Gesetz der Industrie keinen Schaden bringe. Ich glaube, wenn er die Vertreter der Spielwaarenbranche in Nürnberg und die Vertreter der Brauindustrie in Bayern gefragt hätte, so würde er auch in seinem engeren Vaterlande Bayern doch zu einer anderen Schlußfolgerung gekommen sein. Ferner sagte Herr Gerstenberger, daß eine Preissteigerung von dem Gesetz nicht zu erwarten sei. Nun, meine Herren, da kenne ich doch das agrarische Herz auf der Rechten besser, die Herren würden sich nicht so sehr dafür ins Zeug gelegt haben. Herr Gerstenberger sagte dann, die Sache sei doch erst 1904 vollständig in Betracht zu ziehen. Nein, für uns ist es eine Vorsorge, daß auch 1904 derartige Einrichtungen, wie sie der Entwurf enthält, nicht eingeführt werden. Wir meinen, daß durch dies Gesetz eine wesentliche Schädigung für die Arbeiter eintreten wird, und zwar nach zwei Richtungen hin. Einmal wird das Gesetz das Fleisch vertheuern, und dann wird es ein Herrnwirthsitz mit Amerika herbeiführen. (Oho! rechts.) Ihr Chorufen wird mich nicht abhalten, meine Meinung zu sagen. Wir haben es in der deutschen Verkehrswelt oft erlebt, daß die Gesetzgebung manchmal zu scharf eingegriffen, manche Hoffnungen zu Grabe getragen hat. Aber zu einem solchen Streich wie der, zu dem hier in § 14 ausgeholt wird, gegen Handel, Industrie und Schifffahrt, ist noch niemals ausgeholt worden. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Die Verzögerung des Bekanntwerdens des Kommissionsbeschlusses hat die Gefahr anfangs nicht so groß erscheinen lassen, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Ausdrücklich will ich aber konstatiren, daß das späte Erscheinen des Kommissionsberichts sehr auffällig erscheinen muß. Die letzte Kommissionssitzung hat doch schon vor 14 Tagen stattgefunden. (Sehr richtig! links.) Dieser Verzögerung gegenüber hat man eine große Eile an den Tag gelegt in Bezug auf die schnelle Anberaumung der zweiten Lesung. Das wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes zu denken geben. Die Kabelberichte, die von Amerika gekommen sind, haben die große Gefahr erkennen lassen, die für Industrie, Handel und Schifffahrt über einen großen Theil der deutschen Bevölkerung heraufbeschworen wird. Diese Kabelberichte haben auch Anlaß gegeben, daß der Ausschuß des deutschen Handelstages entschieden Stellung gegen die Kommissionsbeschlüsse nahm. Weitere große Protestbewegungen werden sich in den nächsten Tagen melden. Gegen den Regierungsentwurf wäre ein wesentlicher Widerspruch von seiten des Handels und der Industrie wahrscheinlich nicht zu erwarten gewesen. Aber was ist jetzt aus dem Gesetz geworden? Etwas ganz anderes, als die Regierung seiner Zeit zu wollen vorgegeben hat. Es ist eine Waffe geworden, um die Anbahnung eines Vertragsverhältnisses mit Amerika zu nichte zu machen (Sehr richtig! links), es ist eine Waffe, um etwa bestehende Verträge mit anderen Ländern auch zu durchhauen, eine Waffe, die die preiswerthe, ausreichende Ernährung von Millionen deutscher Arbeiter in Frage stellt, die unser Vaterland bedroht, indem sie unsere Konkurrenz unfähig zu machen vermag, den Handel lahmlegt und für die Wohlfahrt des Ganzen die allerschwersten Gefahren heraufbeschwört. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Die Fassung des § 14a ist sehr wenig klar. Im ersten Absatz z. B. werden als Ausnahmen vom Verbot aufgeführt Schweineschinken, Speck und Därme, im letzten Absatz aber, der vom Jahre 1904 handelt, sind ausgenommen Schweineschmalz, Speck, Oleomargarine und Därme. Soll nun vor 1904 Schmalz verboten sein und nach 1904 Schinken? Sie haben so schnell gearbeitet, daß Sie nicht mal hier zu einer klaren Fassung gekommen sind. Die Bedingungen, die in § 14a für die Einfuhr frischen Fleisches gegeben sind bis zum 31. Dezember 1903, kommen — das vermag der Widdeste einzusehen — einem Verbote sehr nahe. Wohin die Reise geht, ist ersichtlich. Das kann ein blinder Mann mit dem Stock fühlen, und das kann man daran sehen, daß Sie noch vier Jahre lang das deutsche Volk den vermeintlichen Gefahren der Zufuhr amerikanischen Fleisches aussehen wollen. Also schließlich kommt es darauf hinaus: Provozirung des endlichen Verbots der Fleischzufuhr, die Ausbeutung der arbeitenden Klassen. (Große Unruhe rechts, Hört, hört!), die an Handel, Industrie und Schifffahrt betheiligt sind. Hier sollen zu Gunsten der Landwirthschaft die allerwichtigsten Interessen unseres Vaterlandes aufs stärkste eingeengt werden. (Sehr richtig!) Steht nun der Nutzen, den die Landwirthschaft sich von dieser Maßregel verspricht, in irgend einem acceptablen Verhältniß zu dem großen Schaden, der hier angerichtet wird? Nach meiner Ansicht nicht. Man sagt: Geht es den Bauern gut, so geht es allen gut. Heutzutage, wo sich Deutschland so stark zu einem industriellen Staat ausgewachsen hat, kann man auch sagen: Geht es der Industrie gut, so geht es auch der Landwirthschaft gut. (Lachen rechts.) Denn je konsumfähiger

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000309015/fragment/page=0001

die deutsche Industrie die Arbeiter durch Bezahlung besserer Löhne, durch Aufstellung von mehr Arbeitern machen kann, desto mehr kommt dieser Konsum den Erzeugnissen der deutschen Landwirthschaft zu gute. Der Ausfall, den Amerika durch das Verbot der Fleischeinfuhr erleiden würde, ist aber nicht von so großer Bedeutung wie der Umstand, daß hier die ganze amerikanische Waare diskreditirt wird. Glauben Sie, daß Amerika angesichts einer solchen Diskreditirung genügt sein wird, auf unsere mit Recht aufgestellte Forderung einzugehen, daß unser Zucker ohne jede uns unglaubliche Differenzirung in Amerika hineingelassen wird? Nach meiner Ansicht gewiß nicht. Wohl aber würde es vielleicht gegen den deutschen Zucker weitere Schranken aufbauen. In der starken Position, in der sich Amerika augenblicklich uns gegenüber befindet, und bei der nicht geringen Ueberhebung, die nach dem spanischen Kriege in diesen amerikanischen Kreisen herrscht, wird man die Provozirung, die in diesem § 14a liegt, in Amerika mit nur schlecht zu verhehlender Freude begrüßen. (Aha!) Denn Amerika sagt sich, daß es seinen Bedarf heute schon zum größten Theil allein decken kann und daß es diejenigen Theile seines Bedarfs, die es im Auslande deckt, ebenso gut bei anderen decken kann als bei Deutschland. Es wird überhaupt Amerika als eine erstrebenswerthe Aufgabe erscheinen, Deutschland, einen seiner unangenehmsten Konkurrenten, in seinem Wachsthum aufzuhalten. Um deutlichster tritt diese Konkurrenz Deutschlands in seiner Schiffahrt zwischen Europa und Amerika hervor. Amerika ist durch die Aktie, die allein nicht in Amerika gebauten Schiffen die amerikanische Flagge verweigerte, lange Jahre auf dem Gebiet der Dampfschiffahrt zurückgeblieben. Auf diese Weise war es anfangs der sechziger Jahre nur mit ganz schwächlichen Versuchen durch die Vanderbilt-Linie vertreten. Erst unter der Präsidentschaft Harrisons hat es diese Aktie suspendirt, und es besähen jetzt mit zwei selbst erbauten Schiffen und drei Schiffen, die englischen Ursprungs sind, den Nord-Atlantik auf dem Wege von New York nach Southampton. Es hat jetzt sein Hauptaugenmerk ganz wesentlich auf die Vergrößerung seiner Schiffahrt gerichtet und neuerdings auch die Absicht kundgegeben, in noch weiterem Umfange als bisher Subventionen zu gewähren. Wenn es aber diese Absicht hat, so kann ihm die jetzige Situation nur außerordentlich bequem erscheinen, um seinen stärksten Konkurrenten abzuschütteln. Nun handelt es sich für die großen Passagierdampfer unseres deutschen Flotte nicht allein um den Ausfall an Fracht; es wird sich auch um den Verkehr von Auswanderern und Kostenpassagieren handeln. Die Buchwerthe der Schiffe der beiden großen Dampferlinien, die deutscherseits den Verkehr zwischen Europa und Amerika vermitteln, betragen 129,700,000 M. Für denselben Zweck und ausschließlich für diesen Verkehr kommen ferner 72 Mill. M. in Betracht. Deutschland ist also auf dem Nord-Atlantik mit über 200 Mill. M. Dampferschiffswerthen vertreten. Das sind 80 Proz. des Gesammtkapitals beider Dampfergesellschaften zusammengenommen. Die Schiffe, zu denen die schnellsten und größten der Welt gehören, sind ganz speziell für den nordatlantischen Dienst gebaut und können in den Dienst anderer Länder gar nicht eingestellt werden. Die gesammten Brutto-Einnahmen dieser beiden Gesellschaften in dem ausschließlichen Verkehr zwischen Deutschland und Nordamerika betrugen im Jahre 1898 70,360,000 M., im Jahre 1899 schon 76,670,000 M. Die lohnenden Einnahmen aus diesem Verkehr haben es thatsächlich beiden Gesellschaften ermöglicht, auch andere Linien, die weniger lukrativ sind, zu besahren, und diese Versuche trotz mancher Verluste fortzusetzen. Daraus geht hervor, daß der nordamerikanische Verkehr für unsere beiden großen Dampfergesellschaften geradezu ein Rückgrat bedeutet hat, heute bedeutet und noch für lange Zeit bedeuten wird. (Sehr wahr!) Schon eine wesentliche Schmälerung dieser Einnahmen würde verhängnißvoll wirken; eine Unterbindung des Verkehrs aber — darauf mache ich die verbündeten Regierungen besonders aufmerksam — würde, das ist nicht zu bezweifeln, den endlichen Ruin dieser großen blühenden Gesellschaften herbeiführen können. (Sehr richtig!) Nun, das Zurückdrängen unserer Wasserhandelskraft würde der amerikanischen Schiffahrtslinie in erster Reihe zu Gute kommen. Was wird also Amerika thun? Wir können diese Frage ganz ruhig erörtern; denn einmal sind bereits alle namhaften Wissen in diese Erörterungen eingetreten, und dann wissen wir aus den Erfahrungen, die wir während des letzten Jahrzehnts mit Maßregeln gemacht haben, daß die erste Maßregel gegen uns darin bestand, daß unserer Schiffe sofort belastet wurde. Die Gefahren, die uns von amerikanischer Seite bedrohen, sehe ich in der Erhöhung der Tonnengelder, in der Erhöhung der Kopfgelder aufgeladener oder eingeschiffter Passagiere, in Differentialabgaben auf eingeschiffte oder gelandete Güter: das alles sind Maßregeln, die in außerordentlich kurzer Zeit zur Wirksamkeit zu bringen sind und die vollständig genügen, unserer deutschen Schiffahrt in dem Verkehr nach Amerika das Rückgrat zu brechen. Was Amerika dann nicht selbst befördern könnte, das würde den anderen Ländern, England, Frankreich, Holland und Belgien, zu gute kommen. Wie werden sich die Amerikaner und die Engländer freuen, wenn ihre Dampfer, die jetzt in der Konkurrenz mit uns oft mit leeren Kajüten fahren, während unsere Kajüten voll sind, die Früchte unseres beharrlichen Strebens einernten werden. (Sehr gut! links.) Unsere Industrie vermag Differentialzölle auf die Mehrwaare nicht zu ertragen, das vermag auch der Bundesrath einsehen. Es ist ja richtig, daß die Einfuhr von Amerika unseren Export dahin wesentlich überwiegt. Aber es ist doch zu berücksichtigen, daß jene Einfuhr eine Reihe von Rohprodukten einschließt, die Deutschland gar nicht entbehren kann, z. B. Baumwolle, Mais, Tabak und Petroleum. Kann die deutsche Landwirthschaft auf ein so wichtiges Futtermittel, wie den Mais, verzichten oder kann es ihr gleichgiltig sein, wenn diese Zufuhr wesentlich vertheuert wird? Von der deutschen Baumwollenindustrie kann ich mit Bestimmtheit behaupten, sie wird, wenn sie differentiell belastet wird, genöthigt werden, wieder in England und anderen fremden Plätzen zum indirekten Einkauf ihre Zuflucht zu nehmen. Dann würde sie mit ihren Fabrikaten auf dem Weltmarkte nicht konkurriren können, es wird ein unheilvoller Niedergang gerade für diese große Textilbranche mit Sicherheit zu prophezeien sein. Und wer wird dadurch geschädigt? Nicht allein die Inhaber der industriellen Etablissements, sondern in erster Linie die deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! links.) Das sollten Sie sich doch mal überlegen. Sie sprechen ja stets immer mit Vorliebe von einem Schutz des Mittelstandes. Glauben Sie etwa, durch eine Fleischvertheuerung dem Mittelstande einen besonderen Gefallen zu thun?

Wir stehen in dieser Session vor der Berathung der Flottenvorlage, und allgemein wird nach Deckungsmitteln gesucht. Wie will man aber diese Deckungsmittel finden, wenn man diejenigen niederschlägt, die in fleißiger Arbeit sich verdient gemacht haben um die außerordentliche Hebung unseres Nationalwohlstandes? Wollen Sie die Quellen verstopfen, die aus diesen Gebieten fließen, dann können Sie auch die Mittel nicht aufbringen für die Flotte. Handel, Industrie und Schiffahrt sind zu festen Säulen des Wohlstandes Deutschlands ausgewachsen. Ich frage also die Vertreter der verbündeten Regierungen: wollen Sie ruhig zusehen, wie die Axt an diese Säulen gelegt wird? Unsere Wehrkraft verstärken, ist gewiß eine patriotische That, aber mit den Gelüsten nach Sondervortheilen verträgt sich echter Patriotismus nicht. (Sehr richtig! links.) Man haben wir es ja — die Spotzen haben es ja von den Dächern gepfiffen — in den letzten Tagen hier genugsam hören können, wenn dieses Fleischbeschaugesetz nicht so von der Regierung durchgelassen und vom Bundesrath angenommen würde, dann würde die Sache mit der deutschen Flotte sich außerordentlich schwierig stellen. Das ist gerade so wie früher, nur hat es die Buchstaben geändert. Früher riefen Sie: Kein Kanisz, keine Kähne! Jetzt: Kein Fleischbeschaugesetz, keine Flotte! (Sehr gut! links.) Man hat auch in denselben Kreisen die Zuversicht äußern hören: auch, wenn die Regierung auch bei der zweiten Lesung sich noch den Anschein geben will, als wenn sie gegen das eine oder das andere Opposition machen wolle, bei der dritten Lesung wird sie schon zu Kreuze kriechen, wir werden sicher in der dritten Lesung das Gesetz so haben, wie wir es wollen. Wir werden ja wahrscheinlich noch vom Herrn Staatssekretär des Innern hören, welche Stellung die Regierung zu dem Gesetzentwurf nehmen wird. Wir werden es allerdings abzuwarten haben, wie dann die Verschärfungen, die zu Anfang der Berathung dieses Gesetzes gegeben wurden, im Vergleich mit denen, die jetzt abgegeben werden, nachher zu beleuchten sind, wenn die dritte Lesung stattfindet und wenn der Bundesrath zu sprechen hat. Ich würde es mit Freuden begrüßt haben, wenn ich hier heute den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gesehen hätte. Ihm geht doch die Sache sehr nahe an. Er wird doch nachher verantwortlich gemacht werden dafür, daß wir im friedlichen Verkehr mit Amerika bleiben. Es wird ihm aber sehr schwer fallen, wenn solche Vorschläge Gesetzeskraft erhalten, in Amerika den Boden zu finden, den er finden muß, um zu einem Reciprozitätsverhältniß zu gelangen. Ich bedauere es mit allen Mitgliedern dieses hohen Hauses, daß es uns bis jetzt nicht gelungen ist, mit Amerika ein Reciprozitätsverhältniß herzustellen. Mit Frankreich ist die Sache auch noch nicht vollständig zu Ende geführt. Die Verhandlungen liegen jetzt dem Hause in Washington vor, angenommen sind sie noch nicht. Ich würde gern von dem Staatssekretär des Auswärtigen heute gehört haben, wie denn bis jetzt die Verhandlungen geleitet worden sind. Hat Deutschland immer nur zurückgegriffen auf den Vertrag mit Preußen von 1828, oder haben wir von vornherein uns bereit erklärt, in solche Verhandlungen einzutreten, in welche Frankreich eingetreten ist.

Genug, meine Herren! Ich möchte hier rufen: Sehen die Konsuln zu, daß nichts Gefährliches hier herausschaut! Nehmen Sie Stellung gegen derartige Beschlüsse, wie sie die Kommission hier vorgelegt hat, und bewahren Sie die Festigkeit der Stellung auch in der dritten Lesung! Was die Materie selbst anlangt, so bitte ich den Präsidenten, über § 14a in seinen einzelnen bedeutsamen Abätzen abstimmen zu lassen. Was mich anlangt, so erkläre ich: Das Gesetz in der Form der Kommissionsbeschlüsse ist für mich vollständig unannehmbar. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Die im § 19 vorgesehenen Fristen seien bei dem Gesetz immer gehalten worden. Er habe im Einverständniß mit Vertrauensmännern aller Parteien den heutigen Tag für die Verhandlung festgesetzt.

Abg. Graf **Klinckowström** (kons.): Die Rede des Abg. Frese charakterisire sich als eine Angstmeierei vor Amerika. In dieser Angst vor Amerika wolle man die ganze nationale landwirthschaftliche Produktion preisgeben. In der Presse werde jetzt die Sache aufgebauscht, obwohl man nach der ersten Lesung diese Beschlüsse der Kommission voraussehen konnte. Die Agitation begann erst, als man zu fürchten begann, daß man Geld verlieren könnte. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung war im Reichstag aussichtslos. Eine gleiche Behandlung des inländischen und des ausländischen Fleisches sei die Gewähr des ganzen Gesetzes. Es handle sich hier nicht um agrarische Interessen, sondern um ein sanitäres Gesetz im Interesse der Bevölkerung. Aus den Kommissionsberathungen habe er den Eindruck, daß der Bundesrath dieses Gesetz nicht scheitern lassen werde. Das würde auch andernfalls einen sehr schlechten Eindruck auf die deutsche Landwirthschaft machen. Ein Theil der Presse sei leider in dieser Frage mehr amerikanisch, als deutsch. Wir seien doch nicht aggressiv gegen Amerika vorgegangen, sondern Amerika habe mit den Zollplackereien begonnen und dadurch die Industrie schwer geschädigt. Wenn das Gesetz angenommen werde, habe sich das Ausland eben zu fügen. Der Reichstag werde gewiß diesem gerechten und vernünftigen Gesetz zustimmen. Die Vertreter aller Landestheile Deutschlands seien darüber einig. Der Bundesrath werde dem Rechnung tragen müssen. Das Gesetz sei ein trefflicher Vorläufer beim Abschluß neuer Handelsverträge. Möge der Bundesrath diese Waffe benutzen. (Beifall rechts.)

Abg. **Wurm** (Soz.): Das Gesetz, wie es aus der Kommission hervorgegangen sei, werde tief in das Volksleben und in die Volksernährung eingreifen. Dem Arbeiter solle die Fleischnahrung verdeuert werden, das beweise nicht nur das Verbot der ausländischen Fleischeinfuhr, sondern auch das Freilassen der Hausschlachtungen von der Untersuchung. Wolle man hiermit etwa den ländlichen Arbeitern oder den Bauern nützen? Gerade auf dem Lande sei die Vieh- und Fleischkontrolle nothwendig. Sie sei das einzige Mittel gegen die Seuchen, besser als die Grenzsperre. So lange die Agrarier ihr eigenes Vieh und ihr Schlachtfleisch nicht untersuchen lassen wollen, glaube er ihnen nicht, daß sie nur sanitäre Interessen mit diesem Gesetz im Auge haben. Man wolle nur eine Vertheuerung der Lebensmittelpreise. Wenn das nicht auf geradem Wege zu machen sei, versuche man es auf krummem Wege. Lieber solle man die Grenzsperre ganz aufheben. Das sei eine viel nützlichere Maßregel. Von den Agrariern gelte das Wort: „Thut Geld in unseren Beutel, dann sind wir national, verbietet die Fleischeinfuhr, dann bewilligen wir die Flotte!"

Abg. **Sieg** (nl.) bemerkt, er habe nichts dagegen gehabt, daß der Großgrundbesitz bei den Hausschlachtungen von der Untersuchungspflicht ausgenommen würde. Indessen sei die Grenze zwischen Großgrundbesitz und kleinem Besitz schwer zu finden. Die Besürchtung, der Großgrundbesitz werde bei der Hausschlachtung gegen das Gesetz verfahren, sei unbegründet, denn der Großgrundbesitzer lasse durch den Metzger schlachten und werde sich doch nicht in die Hand des Metzgers geben. Die Besürchtung, daß durch das Gesetz eine große Fleischtheuerung stattfinden werde, sei unbegründet, denn bei einer unnatürlichen Fleischtheuerung würde das Gesetz sofort aufgehoben werden. Darin gebe er dem Grafen Klinckowström recht, daß das Gesetz den Interessen aller und nicht einzelner Klassen diene. Er begreife nicht, wie Abg. Frese von einer Ausbeutung der Arbeiter sprechen könne, es sei wohl nur eine Konzession an die großen Arbeitermassen der Seestädte. Die Mehrheit seiner Partei werde für den § 14 stimmen, weil ohne ihn das Gesetz werthlos wäre. Auch er sei gespannt, was der Bundesrath thun werde, hoffentlich zustimmen im Interesse der deutschen Landwirthschaft. Das Gesetz werde auch einen Rückhalt bei Handelsvertrags-Verhandlungen haben. (Beifall.)

Abg. **Beck**-Koburg (freis. Vp.): Er sei von den Beschlüssen der §§ 1 und 2 natürlich nicht entzückt, aber sie würden doch an Wirksamkeit sehr in den Schatten gestellt vom § 14. Diesen Paragraphen als Druckmittel auf das Ausland zu benützen, sei doch keine Gesetzesmacherei. Man schädige den Handel schwer in einem Augenblick, wo man vorgebe, ihn durch die Flotte stärken und schützen zu wollen. Der nationale Wohlstand rühre doch von Handel und Industrie, nicht von der Landwirthschaft her. Redner begründet dann einen von ihm zu den Hausschlachtungs-Paragraphen gestellten Abänderungsantrag, der den Verbrauch des Fleisches in dem Hause des Besitzers sichern und die gewerbsmäßige Verwendung ausschließen soll.

Abg. **Holtz** (Rp.): Der Abg. Frese hätte seine Rede besser in Amerika, als im Deutschen Reichstag halten sollen. Der Abg. Wurm möchte zwar eine Kontrolle, aber eine solche, welche die deutsche Landwirthschaft möglichst ruinirt. Die größten gesundheitlichen Gefahren drohen uns von dem ausländischen Vieh und Fleisch. Die Viehsperren haben schon recht günstig gewirkt, als Ergänzung müsse die Fleischkontrolle hinzutreten. Die Landwirthe verlangen nur Fleischpreise, welche den Unternehmergewinn sicher stellen. Redner empfiehlt schließlich noch die Ausnahme der Hausschlachtungen von der Kontrolle.

Abg. **Hoffmann** (Sidd. Vp.) tritt für die Ausdehnung der Kontrolle auf die Hausschlachtungen ein, die im Interesse der Volksgesundheit nothwendig sei. Die berufenen Fleischbeschauer seien die Thierärzte. Es sei ein Widerspruch, auf der einen Seite die Hausschlachtungen von der Kontrolle auszuschließen und auf der andern gegen das Ausland die strengsten Maßregeln zu ergreifen. Wenn die deutsche Landwirthschaft den Fleischbedarf nicht befriedigen könne, sei es nothwendig, die Grenzen zu öffnen und ausländisches Vieh hereinzulassen.

Abg. Dr. **Vielhaben** (Antis.) erinnert an die Rede des Grafen Bülow bei der Flottenvorlage und hofft, daß derselbe mit der Regierung diesmal nicht bescheiden beiseite treten werde gegen die über ausländischen Anmaßung. Die vom Abg. Frese eingebrachte Resolution um amerikanischen Senat sei noch ein Schreckbild gegen Deutschland gewesen, die Idee vom Zollkrieg z. B. bestehe nur in den Köpfen derer, die den armen Mann schützen wollen. In Amerika werde man eben auch eine schärfere Kontrolle bei Fleischwaaren einführen. Diese sei angesichts der vorliegenden Erfahrungen auch sehr nothwendig. Die Agitation begann erst, als die Juden merkten, daß sie Geld verlieren könnten. Die größten Fleischhändler seien fast sämmtlich Juden. Bisher habe man im Gesetze für die Industrie und die Fabrikarbeiter gemacht, es ist endlich Zeit, mit solchen für die Landwirthschaft zu beginnen. Redner spricht sich noch gegen die Kontrolle der Hausschlachtungen aus.

Hierauf vertagt sich das Haus. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe betritt den Saal.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Bericht der Saale-Ztg.)

41. Sitzung vom 8. März. 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Studt u. a.

Präsident v. **Kröcher** theilt mit, daß er der Akademie der Wissenschaften für den 20. März, morgens 10 Uhr, den Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses zur Verfügung gestellt habe, damit die Akademie, die sonst ein öffentliches Lokal mit einem geringen Scale, nämlich das Krollsche Etablissement, hätte nehmen müssen, ihr 200jähriges Jubiläum festlich begehen könne.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird fortgesetzt bei den laufenden Ausgaben, Titel „Gehalt des Ministers."

Abg. **Schaffner** (nl., sehr schwer verständlich) tritt für eine weitere Ausdehnung der Haushaltungsschulen ein.

Abg. **Brömmer** (nl.) führt in Ergänzung der gestrigen Ausführungen des Abg. Hackenberg einen Fall aus dem Landkreise Essen an, in dem ein katholischer Lehrer nicht zum Hauptlehrer gemacht worden sei, weil er sich den Zorn des geistlichen Ortsschulinspektors dadurch zugezogen hatte, daß er bei den Kommunalwahlen für die Zentrumspartei eingetreten sei. Außerdem sei er scharf getadelt worden, weil er mit dem evangelischen Lehrer verkehrt habe, und seiner sechzehnjährigen Tochter habe der geistliche Ortsschulinspektor verboten, mit den Töchtern des evangelischen Lehrers zu verkehren. Redner bringt noch einige ähnliche Fälle vor. Einem katholischen Lehrer an der unteren Stufe, der im Seminardienst angestellt werden wollte, sei bedeutet worden, er möge zunächst einmal seinen Verkehr mit evangelischen Kreisen einschränken. Das sei doch eine große Intoleranz. Wie könne man vor dem Umgang mit Evangelischen wie vor Ausätzigen warnen! (Beifall.)

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.) bemerkt, die Angaben des Vorredners beweisen so lange nichts, als nicht die Sachlage genau untersucht worden sei. Auch sie würden aufs Höchste mißbilligen, wenn einem katholischen Lehrer der Umgang mit einer anderen Person verboten würde, nur weil die Person evangelisch sei. Jedenfalls dürfe man aber nicht vereinzelte Vorkommnisse verallgemeinern. Redner theilt einen Fall mit, in dem in Schlesien einem evangelischen Lehrer bedeutet worden sei, erst müsse seine katholische Frau evangelisch werden, ehe er eine bestimmte Stelle erhalten könne. (Hört, hört! im Centrum.) Ein evangelischer Professor habe in einer Flottenrede gesagt, die Drahtpuppen des römischen Papstes bestimmten jetzt im Reichstage darüber, ob Deutschland eine Seemacht werden solle. Außerdem habe dieser Professor die Katholiken die Nachkommen der Brandstifter mit dem dreißigjährigen Kriege genannt. Könne man Katholiken verdenken, wenn sie mit solchen Leuten nicht verkehren wollen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. v. **Jazdzewski** (Pole) bringt wieder die bekannten polnischen Klagen vor, die er durch einige Einzelfälle zu begründen versucht.

Minister **Studt** erwidert, die Staatsregierung habe stets den Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen, und die berechtigten Forderungen derselben erfüllt. Allerdings würde über das, was die Polen für berechtigte Forderungen halten, wohl nie mit der Regierung ein Einverständniß erzielt werden. Redner tadelt dann wiederum die maßlose Agitation der polnischen Presse. Die polnischen Abgeordneten sollten auf ihre Presse ihren Einfluß geltend machen und sie zu einer anderen Haltung veranlassen. Er gebe das Versprechen ab, daß auch auf dem Schulgebiete streng nach Recht und Gerechtigkeit von ihm stets werde verfahren werden. Jede Willkür werde er bekämpfen und jedes chikanöse Verhalten verfolgen. Wo es nöthig erscheine, werde er sofort Remedur schaffen. Zum Schlusse betont Redner nochmals, daß es auch eine Aufgabe der Regierung sei, die deutschen Katholiken gegen die Polonisirung in Schen zu schützen.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Der Minister Bosse hat für die Volksschule eine Reihe außerordentlich nützlicher Gesetze geschaffen. Dafür sind wir ihm den tiefsten Dank schuldig. Bosse er in den Kreisen der Polen nicht populär war, ist nur ein weiterer Ruhmestitel für ihn. (Sehr richtig!) Nicht nur in der polnischen Presse sind Aeußerungen, sondern auch in der polnischen Fraktion sind Herren, die das Empfinden des Volkes aufs tiefste aufreizen. (Sehr richtig!) Nach den Aeußerungen des Ministers bin ich vollkommen davon überzeugt, daß das Verbot des polnischen Privatunterrichts berechtigt ist. — Die Ausführungen des Abg. Brömmer waren doch aktenmäßig bewiesen und daher vollkommen übergzeugend. Das alles genügt Herrn Porsch nicht, dagegen sollen wir es als baare Münze annehmen, wenn er auf unsichere Informationen hin einen Superintendenten angreift. Sollte das Verhalten dieses Superintendenten so sein, wie Herr Porsch es schilderte, so würden wir es auf das schärfste verurtheilen. (Beifall bei den Nl.) Die Düsseldorfer Regierung hat sich nicht den ultramontanen Einflüssen, die auf sie einwirkten, gewachsen gezeigt. (Sehr richtig!) Ich begreife das Verhalten dieser Regierung nicht. Gewiß giebt es auch unter den Protestanten intolerante Leute. Mein Freund Schlag, der immer von den Ultramontanen, wie auch vom Abg. Porsch angegriffen wird, gehört aber nicht dazu. Dieser hat nie den Katholizismus als den Feind deutschen Geistes hingestellt, sondern nur den Ultramontanismus. (Lachen im Centrum.) Herrn Porsch kann es doch nicht unbekannt sein, daß Herr Schlag an einer evangelischen Universität ist. An einer solchen Universität darf ein Professor doch auch mal seinen Gefühlen kräftigen Ausdruck geben. Herr Porsch kann am wenigsten Anstoß daran nehmen, denn er ist der schärfste Vertreter der Konfessionalität. Vom Professor Benschlag kann jedenfalls eins lernen: nämlich unverschrockene Christlichkeit und Vaterlandsliebe. (Beifall.)

Abg. Dr. **Porsch** (C.): Herr Dr. Friedberg kann es mir doch nicht verübeln, wenn ich gegenüber der Rede des Herrn Dr. Brömmer sage: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie billig hören alle beide." Ich beklage, daß Herr Brömmer einen Fall angeführt hat, der noch gar nicht untersucht ist. Der Fall, den ich angeführt habe, ist dagegen untersucht. Aber ich habe diesen Fall nur zur Abwehr erzählt. Eigentlich gehören alle solche Einzelfälle nicht hierher. Daß Herr Prof. Benschlag

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000309015/fragment/page=0002

durch seine Reden den konfessionellen Frieden stört, ist doch nicht zu bezweifeln. Mehr habe ich nicht behauptet.

Abg. Dr. **Barth**-Kiel (fk. Vg.) geht auf den Fall Arons ein. Der Minister hat sich gestern geweigert, die Gründe für die Entfernung des Dr. Arons näher anzugeben, da er an dem Urtheil persönlich betheiligt sei. Dieser Grund ist mir unerklärlich. Weshalb sollte der Minister nicht in der Lage sein, auf die Sache einzugehen? Aber die Gründe sind uns ja bekannt aus einer Veröffentlichung des Herrn Arons. Die Frage der Freiheit der Wissenschaft spielt allerdings in dieser Sache keine direkte Rolle; denn um die amtliche Thätigkeit des Herrn Arons handelte es sich ja gar nicht. Es handelte sich hier um die Geltendmachung einer politischen Ueberzeugung in einer Form, die auch beim Ministerium keinen Anstoß fand. Dr. Arons ist von der ersten Instanz freigesprochen worden, weil er in seiner Agitation die zulässige Grenze nicht überschritten habe. Die zweite Instanz aber hat ihn verurtheilt. Wegen welches Vergehens denn eigentlich? Nur deshalb, weil er der sozialdemokratischen Partei angehörte und daraus natürlich keinen Hehl machte. Dieser Umstand allein genügte. Die Art seiner Agitation hat bei der Verurtheilung gar keine Rolle gespielt. Ein Hamburger Blatt hatte behauptet, Arons habe noch in der letzten Zeit ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht. Arons hat das entschieden bestritten. Ist nun der Minister berechtigt, jemanden wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie aus dem Amt als Privatdozent zu entfernen? Wo ist in irgend einem Gesetz ein Anhaltspunkt vorhanden, der einen solchen Schritt rechtfertigt? Es giebt kein solches Gesetz. Hier ist einer der Hauptgrundsätze des Rechtsstaats verletzt. (Sehr richtig!) Im Rechtsstaat darf niemand ohne besondere Rechtsvorschrift bestraft werden. Dieser Grundsatz ist hier nicht aufrecht erhalten. (Sehr richtig!) Man sagt, die Sozialdemokratie unterscheidet sich dadurch von allen anderen Parteien, daß sie revolutionär sei. Dadurch rechtfertige sich das Urtheil. Aber die Sozialdemokratie ist über ihre revolutionären Träumereien hinaus. Heute will die Sozialdemokratie wie jede Partei auf gesetzlichem Wege vorgehen. Das ist auch in dem Urtheil anerkannt. Wodurch unterscheidet sich also die Sozialdemokratie so sehr von den übrigen Parteien, daß sich das Urtheil rechtfertigen ließe? Jede Partei will doch ihre Bestrebungen durchführen. Stürmt nicht auch der Bund der Landwirthe gegen die Handelsverträge, die auch einen Theil unserer Rechtsordnung bilden, an? (Lachen rechts.) Arons ist für „unwürdig" erklärt worden, sein Amt zu bekleiden. (Sehr wahr! rechts.) Die Fakultät steht auf diesem Standpunkt nicht, deren Urtheil kompetenter ist, als das des Herrn Zwischenredners. Die Fakultät erklärt Herrn Arons für einen einwandfreien Ehrenmann. Bis zum 7. Febr. 1899 war auch das Kultusministerium nicht der Ansicht, daß sich jemand durch seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie unwürdig mache. Erst da hat sich die Ansicht geändert. Welches eigenthümliche Verhältniß liegt hier vor! Der Minister muß die Fakultät berücksichtigen, was sie unter „Würde" zu verstehen habe. Eine solche Fakultät, die ihre eigene Würde nicht kennt, müßte konsequenterweise vollständig wegfallen werden. (Heiterkeit und Beifall.) Was hier der Sozialdemokratie passirt, kann morgen jeder anderen Partei passiren. Der Freiherr von Stumm hat es ja schon lange auf die „Kryptosozialdemokraten" Schmoller, Wagner, Sombert abgesehen. Wenn nicht andere Gründe, so hätten Gründe der politischen Opportunität das Urtheil verhindern sollen. Bisher war Dr. Arons ein stiller, ruhiger Mann; jetzt wird er ein politischer Agitator werden. Ist es klug von der Regierung, daß sie der Sozialdemokratie hier einen so wirksamen Agitator zuführt? Die Regierung ist hier in kleinlicher Verfolgungswelle vorgegangen; dadurch verscherzt die Regierung alle Sympathien bei rechtlich denkenden Leuten. (Beifall links. Lachen rechts.) Es ist traurig, daß Sie (nach rechts) kein Gefühl hierfür haben. Es ist ein mangelhaft ausgebildetes Gefühl für Ehre und ... (Unruhe rechts: Sie und Sittlichkeit!) — Was ist das für eine Manier, hier solche Bemerkungen über meine Sittlichkeit zu machen! (Wiederholter Zuruf rechts: Ja, Sie und Sittlichkeit! Reden Sie doch nicht so!)

Vicepräsident Dr. **Kraufe**: Ich bitte, solche Zwischenrufe, die nicht hierhin gehören, zu unterlassen.

Abg. Dr. **Barth** (fortfahrend): Ich glaube, dem Zwischenrufer einen Liebesdienst zu erweisen, wenn ich es unterlasse, ihm auf seine Aeußerung die Antwort zu geben, die er verdient. Das Urtheil im Falle Arons ist um so merkwürdiger und kleinlicher, als die Sozialdemokratie bereits sehr viel gelernt hat infolge ihrer Theilnahme am politischen Leben, und als gerade die fortgeschrittene Mitarbeit an denselben von ihr hoffen läßt, daß sie sich allmälig mit unserer Gesellschaftsordnung abfinden wird. In Frankreich hat sich schon jetzt gerade der sozialdemokratische Handelsminister als eine Stütze der Ordnung erwiesen gegenüber den dortigen umstürzlerischen vornehmlich monarchischen Elementen. (Unruhe rechts.) Daß man gegen einen einzelnen Sozialdemokraten ein ganzes Staatsministerium mobil macht, das hätte man vielleicht in einem Duodezstaat für möglich gehalten, nicht aber im Staate Preußen, den wir doch als einen Kulturstaat schätzen und geschätzt wissen wollen. (Lebhafter Beifall links; Zischen rechts.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine Partei wie die Sozialdemokratie, welche die bestehenden Grundlagen des Staates, Monarchie und Religion untergräbt, nicht so behandelt werden darf wie die anderen Parteien. Abg. Barth hat behauptet, die Sozialdemokraten bewegten sich auf gesetzlichen Grundlagen. Ich will nicht bestreiten, daß gegenwärtig die Sozialdemokratie mit großer Geschicklichkeit arbeitet, indem sie nur das augenblicklich Mögliche zu erreichen sucht, aber jemand, der Geschichte gelesen hat, kann nicht anders sagen, daß in diesem langsamen Fortschreiten der Sozialdemokratie und in dem langsamen Benutzen aller Mittel die Möglichkeit liegt, stetig weiter fortzuschreiten und immer weiter die Grundlagen des Staates zu untergraben. Wenn sich die Sozialdemokratie stark genug fühlt, wird sie schon weiter gehen. Die Regierung hat sehr gut daran gethan, im Lande zu dementiren, daß es ein Unrecht ist, Sozialdemokrat zu sein. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Schaube** (freikons.) erklärt, daß er namens seiner politischen Freunde nur die volle Zustimmung zu den Ausführungen des Grafen Limburg-Stirum aussprechen könne. (Ironisches Bravo! links.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.): Der Dr. Arons hat sich in öffentlicher und sehr heftiger Weise, so z. B., indem er als Redner auf sozialdemokratischen Parteitagen auftrat, an der sozialdemokratischen Agitation betheiligt. Nicht weil er sozialdemokratische Gesinnungen hegte, hat man ihm den Prozeß gemacht, sondern weil er als Agitator, wenn auch nicht gerade in gehässiger Weise, öffentlich aufgetreten ist, hat man ihn seines Amtes entsetzt. Es ist in diesem Falle geschehen, was rechtens war. Die Entscheidung ist ausgefallen, wie sie ausfallen mußte im Interesse unseres Staatswesens und seiner Festigung. Redner macht sodann auf die Geschäftslast aufmerksam, die auf den Schultern des Kultusministeriums ruhe, und erörtert die Frage der Entlastung durch Abzweigung einzelner Ressorts, insbesondere der Medizinalverwaltung, dessen Uebertragung auf den Minister des Innern zu erwägen sei. Redner giebt schließlich aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Leider gäbe es immer noch Elemente, die den Stachel des Kulturkampfes der katholischen Bevölkerung immer wieder sühlbar zu machen suchten. Was an seiner Partei liege, so werde sie so wenig Anlaß wie nur möglich bieten, um konfessionelle Gegensätze zu schaffen.

Abg. **Dasbach** (Ctr.) bringt Klagen lokaler Natur vor, dahingehend, daß in einzelnen Orten mit katholischer Bevölkerung nicht genügend für Anstellung katholischer Lehrer gesorgt werde. An manchen Orten nehmen katholische Kinder am evangelischen Religionsunterricht theil, das sei ganz unzulässig.

Ministerialdirektor **Küsler** erwidert, die Verwaltung werde die Beschwerde prüfen. Es komme vor, daß die Zahl der katholischen Kinder zufälligerweise einmal die Zahl 12 in einer Gemeinde überfliege. Wenn da nun nicht sofort Abhilfe geschaffen werde, so dürfe man nicht gleich über Vernachlässigung klagen.

Abg. **Gamp** (fk.) bespricht die Art der Konzessionirung neuer Apotheken in den einzelnen Provinzen.

Geheimrath **Förster** erwidert, daß die Regierung bei den betreffenden Statspositionen, wobei auch eine bezügliche Petition zur Sprache gebracht werden würde, auf die Frage zurückkommen werde.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) beschwert sich darüber, daß in den polnischen Gebieten die deutschen Apothekeninhaber bevorzugt würden vor den polnischen Apothekern, und wünscht, daß in polnisch-sprachlichen Gegenden auf den Medizinflaschen der Vermerk, ob die Medizin äußerlich oder innerlich zu gebrauchen sei, in polnischer Sprache gemacht werde.

Geheimrath **Förster** erklärt, eine verschiedenartige Behandlung deutscher und polnischer Apotheker finde nicht statt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Dasbach** (Ctr.) und **Strzoda** (Ctr.), welche wiederum lokale Beschwerden über unparitätische Behandlung katholischer Kinder betreffen, und nach kurzen Erwiderungen des Ministerialdirektors **Küsler** und des Ministers **Studt** selbst, welcher wohlwollende Prüfung zugesagt, bemerkt

Abg. **Dasbach** (Ctr.), daß ihm verschiedentlich auf seine Beschwerden Auskünfte gegeben seien, die den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprochen hätten.

Ministerialdirektor **Küsler** widerspricht dieser Behauptung.

Der Titel Ministergehalt wird bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 8. März. Der Kaiser besuchte heute nachmittag den Reichskanzler in dessen Amtswohnung und nahm dort den Vortrag des Fürsten entgegen. — Am Sonnabend trifft der Kaiser zur Rekrutenvereidigung in Wilhelmshaven ein.

Der Kaiser befahl, daß die nach Berlin gebrachten Waterloofahnen der vormaligen deutsch-englischen Legion dem Magistrat zu Hannover, in dessen Gewahrsam sie waren, zurückgegeben werden. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin wird am 9. April großjährig und kommt damit in die Lage, die Regierung seines Landes übernehmen zu können. Die „Rhein.-Westf. Ztg." erfährt jedoch aus guter Quelle, daß der Großherzog seinen Regierungsantritt hinausschieben werde, da er zu Ostern die Universität Bonn beziehe und dort längere Zeit zu bleiben gedenke.

Der Herzog von Veragua ist mit einigen Mitgliedern der spanischen Gesandtschaft heute nachmittag von Braunschweig nach Dresden gefahren. Von dort wird der Herzog nach einoder zweitägigem Aufenthalte nach München reisen.

Der sächsische Staatsminister des Auswärtigen und des Innern v. Metzsch ist heute in Berlin eingetroffen. Seine Anwesenheit dürfte durch die Berathungen über das Fleischbeschau-Gesetz veranlaßt worden sein.

Der Bundesrath überwies heute die Beschlüsse des Reichstages zu dem von den Abgg. Winterer und Genossen vorgelegten Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 2 des Gesetzes, betr. die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens vom 4. Juli 1879 den zuständigen Ausschüssen, ebenso den Entwurf eines Gesetzes über Postdampfschiffverbindungen mit Afrika.

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags wurde zunächst der Etat für das Schutzgebiet Kiautschou berathen. Staatssekretär Tirpitz erklärte, bis zum 18. Dezember 1899 sei das Material in der Denkschrift dem Reichstage vorgelegt. Im letzten Jahre stieg die Malaria nicht, in beiden Jahren kam nur ein Todesfall vor. Geringere Unruhen brachen aus, sie konnten jedoch durch die Truppen unterdrückt werden. Es stehe eine gute Ernte bevor.

Die Anstrengungen konservativer Parteigänger, die Flottenvorlage zum Scheitern zu bringen, werden bereits als vereitelt angesehen. Dieser Tage verständigte sich eine hier abgehaltene Versammlung von Notabilitäten des Centrums, auf der die hervorragendsten Vertreter der Provinzialpresse der Partei in bemerkenswerth starker Weise vertreten waren, einmüthig über die Unzulässigkeit der prinzipiellen Bekämpfung der Marinevorlage. Die Centrumspartei scheint entschlossen zu sein, die Deckungsfrage sachlich zu behandeln, sie mithin nicht sofort generell für viel später entstehende Bedürfnisse lösen zu wollen. Wie es heißt, will das Centrum, abweichend von den frivolen konservativen Vorschlägen, u. a. eine Dividendensteuer vorschlagen, die weit über dem landesüblichen Zinsfuß einsetzt; auch von einer Quittungssteuer ist die Rede. Von den bayerischen Mitgliedern der Centrumspartei scheint die größere Hälfte einer Zustimmung geneigt.

Wie es scheint, hat die von verschiedenen Seiten in der Diskussion über die Deckung der Kosten der Flottenvorlage angeregte Erhöhung der Tabaksteuer den Muth der schutzzöllnerischen Tabakinteressenten neu belebt, indem sie hoffen, bei der angeregten Mehrbelastung des Tabaks ihre Forderungen durchzusetzen. Es soll deshalb die seit Jahren schlummernde Agitation in diesem Sinne wieder aufgenommen werden, und sind zu diesem Zwecke, wie die „Dtsch. Tabak-Ztg." mittheilt, vor einigen Tagen eine Anzahl von Herren, die sich Vertreter der Tabak bauenden Gemeinden der Pfalz nennen, in Germersheim zu einer Berathung zusammengetreten und haben nach längerer Berathung einstimmig beschlossen, sich an das bayerische Staatsministerium zu wenden, damit dieses beim Bundesrathe seinen Einfluß dahin geltend mache, daß, um der schlimmen Lage der Tabak bauenden Bevölkerung aufzuhelfen, der Eingangszoll auf ausländischen Tabak wesentlich erhöht werde.

Es verlautet aus angeblich guter Quelle, die Regierung werde das Fleischschaugesetz nicht annehmen. Die „Köln. Ztg." schreibt an leitender Stelle zu der beabsichtigten Einführung des Fleischschau-Gesetzes:

Die heutige Lage sei durchaus nicht dazu angethan, ein Abkommen mit Amerika als unmöglich zu betrachten; ob es gerade ein Meistbegünstigungsvertrag werde, sei verhältnißmäßig nebensächlich, wenn nur der Vertrag so ausfalle, daß die berechtigten deutschen Interessen durch ihn nicht geschädigt werden und unter ihm weiter leben könnten. Entschieden müsse verlangt werden, daß man den betheiligten Erwerbszweigen Zeit lasse, sich zu dieser wichtigen Frage zu äußern, daß man nicht weitestes Kreise schädigenden Maßnahmen zustimme, weil die Agrarier drohten, die Flottenvorlage zu verwerfen, wenn ihnen im Punkte des Fleischschaugesetzes nicht volle Befriedigung werde. Persönlichkeiten, die in Amerika genaueren Bescheid wüßten als die agrarischen Wortführer, meinen, daß man sich mit Amerika wohl über die Bedingungen einigen könnte, die einen leidlichen Zustand herbeiführten.

Aus kaufmännischen und industriellen Kreisen mehren sich die Kundgebungen gegen die agrarisch-konservativen Wünsche in Sachen des Fleischschaugesetzes. So beruft die Hamburger Handelskammer den „Ehrbaren Kaufmann" auf den 10. März nach der Börse ein, um gegen die Kommissionsbeschlüsse des Reichstages bezüglich des Fleischschaugesetzes Stellung zu nehmen. Ferner sind sofort nach Bekanntwerden der Beschlüsse der Reichstagskommission seitens des Verbandes der Textilindustriellen und der Vereinigung der Wirkwarenfabriken von Chemnitz und Umgegend an den Reichskanzler und an das Ministerium des Innern eingehend begründete Eingaben abgesandt worden, in denen unter Hinweis auf die hochentwickelten Beziehungen der sächsischen Textilindustriellen mit den Vereinigten Staaten gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission Einspruch erhoben wird. Endlich veranstalten die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft am Sonntag, den 18. d. M. im Börsengebäude eine Versammlung der Kaufleute und Gewerbetreibenden und Vertreter sämmtlicher deutscher Handelsstände wegen Stellungnahme gegen das beantragte Verbot der Einfuhr ausländischen Fleisches.

Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt heute, daß an der gestrigen Mittheilung des „Berl. Tagbl.", in der konservativen Partei des Reichstages bestehe die Absicht, einen Antrag auf Gewährung von Tagegeldern für Reichstagsabgeordnete einzubringen, kein Wort wahr sei. Die Zahl der konservativen Abgeordneten, die die Einführung von Tagegeldern für nothwendig hielten, sei zwar in letzter Zeit größer geworden, aber an die Einbringung eines Antrages dächten diese Abgeordneten nicht im Entferntesten.

Nächsten Sonntag findet in Hamburg eine von Hamburger Schriftstellern und Künstlern einberufene Protestversammlung gegen die lex Heinze statt.

In Baden-Baden starb der Reichstagsabgeordnete Max Reichert.

Wien, 8. März. Einem ausgegebenen Communique zufolge beschloß der Tschechenklub, gegen die Regierungsvorlage über das Rekrutenkontingent nicht zu obstruiren, der Investitionsvorlage und der Vorlage betreffend der Hafenbau in Triest aber Obstruktion entgegenzusetzen.

Budapest, 8. März. Zwischen dem Abgeordneten Ludwig Hollo und dem Redacteur Martin Dienes fand heute ein Säbelduell statt, bei welchem der letztere im ersten Gange schwer verwundet wurde; Hollo erhielt eine leichte Stirnwunde. Der Zweikampf war veranlaßt durch eine Zeitungspolemik, in welcher Dienes den Abgeordneten Ugron wegen der bekannten Lieferungsaffäre heftig angegriffen hatte, worauf ihm der Abgeordnete und Redacteur Hollo scharf entgegengetreten war.

Petersburg, 8. März. Im Gebäude des Generalstabes brach heute früh Feuer aus, das bis mittags noch nicht gelöscht war.

Petersburg, 8. März. Abends 11 Uhr. [Meldung des russischen Telegraphenagenten.] Der Brand im Generalstabsgebäude ist nach längerem Kampfe bewältigt. Abgebrannt ist ein Theil der Bibliothek, viele Werke von großem Werthe sind vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich.

Niais, 8. März. Infolge ausströmender Gase sind in dem Kohlenbergwerk von Trelys zehn Arbeiter erstickt. Zwei Leichen wurden bereits herausbefördert.

Santo Domingo, 8. März. Der Kongreß hat den Belagerungszustand proklamirt; viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der südafrikanische Krieg

London, 8. März. Ein Telegramm vom Feldmarschall Lord Roberts aus Poplar Grove von heute nachmittag besagt: Zwei Kavallerie-Brigaden und eine Division Infanterie mit berittener Artillerie sind heute 10 Meilen in östlicher Richtung vorgegangen. Die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie in der Richtung nach Stormberg und Steinsburg schreitet fort. General Clements hält bei Norvalspont die von den Buren am 6. März gesprengte Brücke besetzt. Der Feind steht am Nordufer des Flusses, jedoch nicht in großer Stärke. General Gatacre hat Burgersdorp besetzt.

London, 8. März. Wie dem „Reuter'schen Bureau" über Lourenzo Marquez aus Prätoria vom 5. d. M. gemeldet wird, besagt ein amtliches Kriegsbulletin von dem genannten Tage folgendes: In den letzten Tagen sind nur einige Nachrichten von den Kommandos eingegangen und es ist schwierig, richtige Informationen zu geben. Die Regierung nimmt die Uebergabe Cronje's als eine Thatsache hin, ist aber, so schmerzlich diese Uebergabe auch sein mag, überzeugt, daß sie die Bürger bei dem Vertheidigungskampfe für ihre Unabhängigkeit nicht entmuthigen wird. Bis jetzt haben die Republiken durch ihren Kampf gezeigt, daß sie sich als ein unabhängiges Volk betrachten, und ein Unglück kann sie in dem Kampfe für ihre heiligen Rechte nicht entmuthigen. Das Eindringen einer starken feindlichen Streitmacht in das Gebiet des Freistaates und andere Umstände haben es nöthig gemacht, andere Stellungen, besonders in Natal, einzunehmen. Wir haben uns auf Biggarsberg zurückgezogen und alle Kommandos mit Ausnahme einiger wenigen, die sich in der Richtung auf den Van Reenens-Paß zurückgezogen haben, sind dort eingetroffen. Ladysmith und Kimberley werden nicht länger belagert. Beim Rückzuge haben wir einige Gefechte mit dem Feinde gehabt, der wiederholt zurückgetrieben wurde, so daß es ihm nicht gelang, unsere Lager abzuschneiden; nur wenige Mann wurden in diesen Gefechten getödtet oder verwundet, während der Feind augenscheinlich schwere Verluste hatte. Trotz aller anders lautenden Meldungen sehen die Bürger dem Ausgange des Krieges mit Vertrauen entgegen und sind voll Muthes. Oberhalb von Colesberg sind andere Stellungen von uns eingenommen worden, die in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände besser für uns gelegen sind. General Dewet führt jetzt den Oberbefehl über alle Kommandos am Modder River. Präsident Krüger ist in der letzten Nacht nach Bloemfontein abgereist, um die Bürger im Freistaate zu besuchen.

Prätoria, 6. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird amtlich berichtet, daß am letzten Sonntag ein heftiges Gefecht bei Dordrecht stattfand. Die Engländer wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Drei Kanonen wurden von den Verbündeten erbeutet; drei Buren wurden getödtet, fünf verwundet.

Bloemfontein, 6. März. [„Reuter's Bureau."] Präsident Krüger ist hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe von Steijn empfangen. Er hielt eine Ansprache an die Menge und sagte, wenn das Volk treu im Glauben bleibt in der Zeit der Noth, so werde Gott den Lauf des Krieges bald wieder zu seinen Gunsten wenden. — Aus Süden und Westen werden keine neuen Bewegungen gemeldet; diese Ruhe wird jedoch als die Stille vor dem Sturm angesehen.

Prätoria, 7. März. [Bureau Reuter.] In allen Kreisen wird große Befriedigung ausgedrückt über die Höflichkeit, womit Cronje sowohl nach der Uebergabe als bei der Ankunft in Kapstadt von den Engländern behandelt wurde. Krüger besuchte die Kommandos im Süden von Bloemfontein. Bei Mafeking ist ein Gefecht im Gange, alle Außenforts außer einem sind von den Buren genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000309015/fragment/page=0003

London, 8. März. Dem „Reuter'schen Bureau" ist eine Depesche aus Mafeking vom 19. v. M. zugegangen; sie lautet: Unter den Kindern im Frauenlager wüthen Typhus und Malaria; unter der Besatzung herrschen Dysenterie und Magenkrankheiten wegen Mangels an guter Nahrung, namentlich an Pflanzenstoffen. Die Spitäler sind überfüllt. Der Kinderfriedhof beim Frauenlager wird von Woche zu Woche größer. Der Feind beschießt von vorgeschobenen Posten aus die Hauptstraße und den Markt. Seit Anfang der Belagerung sind 292 Personen getödtet und verwundet worden. Die Besatzung ist klein, aber jedermann zum Aushalten entschlossen.

Kapstadt, 8. März. Die von den britischen Behörden in Natal zunächst auf Ehrenwort nach Durban entlassenen Reichsangehörigen Harms und Struck sind nunmehr bedingungslos freigelassen worden.

London, 8. März. Eine zweite Ausgabe der „Times" meldet aus Lourenço Marquez von vorgestern, Präsident Krüger habe am Vorabend seiner Abreise von Prätoria nach Bloemfontein erklärt, der Zweck seiner Reise sei, einen Kompromiß abzuschließen; er glaube, daß die Angelegenheiten zu jedermanns Zufriedenheit geordnet werden würden.

München, 8. März. Die großbritannische Gesandtschaft in München konstatirt in einer an das Ministerium des Königl. Hauses und des Aeußern gerichteten Note gegenüber den gegentheiligen in der Presse verbreiteten Nachrichten in offizieller Weise, daß von den britischen Truppen in Südafrika keine Expansivgeschosse (expanding bullets), sondern nur feste Geschosse (solid bullets) verwendet wurden; ferner, daß die Etikette „Dumdum" bei den Geschossen nicht beweise, daß es sich um expansive Dumdum-Geschosse handelt, sondern daß hierdurch nur die Fabrik bezeichnet ist, in welcher dieselben hergestellt wurden.

Das Théâtre Français niedergebrannt.

Paris, 8. März. Im Théâtre français brach heute mittag 12½ Uhr Feuer aus. Sobald als Feuerlärm geschlagen war, eilte von allen Seiten Hilfe herbei. Um das Gebäude sammelte sich eine äußerst zahlreiche Menge an. Gegen 1 Uhr stand das ganze Gebäude in Brand und die Flammen schlugen zu den Fenstern heraus. Im Theater sollte heute eine Mittagsvorstellung stattfinden. Einige Maschinisten, die bereits eingetroffen waren, konnten sich nur mit Schwierigkeit retten, da die Treppe plötzlich in Feuer und Rauch gehüllt war. Ein alter Mann, der sich auf einen Balkon an der Rue Richelieu geflüchtet hatte, wurde auf einer Leiter in Sicherheit gebracht, die man auf einen Omnibus gestellt hatte. Der größte Theil der Kunstgegenstände des Theaters, die Bibliothek, ein Theil des Archivs und des Museums sind gerettet. Die Bühne und das Innere des Theaters sind nur noch ein Trümmerhaufen, dagegen haben die Umfassungsmauern nur wenig gelitten. Eine unter den Trümmern gefundene Leiche ist die der Schauspielerin Henriot. Dieselbe ist nach dem Schauhause überführt und dort von ihren Kollegen rekognoscirt worden.

Paris, 8. März, 2 Uhr, 30 Min. nachm. Das Feuer im Théâtre Français brach 5 Minuten nach 12 Uhr im Hintergrund der Bühne aus, gerade als die Schauspielerinnen Dudlay und Henriot auf der Scene für die heutige Matinée probten. Die elektrische Leitung auf der Bühne schmolz, und das Feuer ergriff die Dekorationen. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich; das Personal rettete mit Mühe einige Gegenstände, indem es dieselben aus den Fenstern warf. Um 1½ Uhr war dem weiteren Umsichgreifen des Feuers Einhalt gethan; das Theater ist jedoch völlig zerstört.

Paris, 8. März. Ueber den Brand im Théâtre Français wird noch gemeldet: Außer der Bühne und dem Zuschauerraum, die völlig zerstört sind, haben auch das Foyer, der dritte und vierte Stock stark gelitten. Unter den geretteten Kunstgegenständen befindet sich die große Statue Voltaire's von Houdon. Die große Freitreppe ist ebenfalls unbeschädigt geblieben. Die Rettungsarbeiten wurden von dem Direktor des Théâtre Français, Jules Clarette, und von Sardou geleitet. Bei den Lösch- und Rettungsarbeiten wurde die Löschmannschaft von den Soldaten unterstützt, Soldaten waren auch den Polizeimannschaften behilflich, die vor dem Theater immer mehr anwachsende Menschenmenge zurückzuhalten. Auf der Brandstätte waren auch der Unterrichtsminister Leygues und der Polizeipräfekt anwesend. Der Sekretär des Théâtre Français Willain, der vor Ausbruch des Feuers das Theater betrat, erklärte, daß das Feuer unter und hinter der Bühne ausgebrochen sei. Die unter den Trümmern als Leiche aufgefundene Schauspielerin Henriot hat vor kurzem den ersten Preis im Konservatorium errungen und gehörte dem Theater erst seit 3 Monaten an.

Paris, 8. März. Gegen 4 Uhr sind die Treppen und Plafonds des Théâtre Français eingestürzt. Um 5½ Uhr ist der Brand noch nicht gelöscht. Das dem Theater benachbarte Gebäude des Staatsrats ist vom Wasser überschwemmt, doch befürchtet man keineswegs, daß das Feuer sich hierher verbreitet. Der Minister-Präsident Waldeck-Rousseau, der Justizminister Morris, der Oberstaatsanwalt Bernard, sowie der Chef des Generalsekretariats des Präsidenten Loubet, General Boisdoul, begaben sich nach der Unglücksstätte. Wie nachträglich festgestellt wurde, ist das Ankleidezimmer der verunglückten Schauspielerin Henriot nicht verbrannt. Das junge Mädchen verlor beim Ausbruch des Feuers völlig den Kopf, eilte die Treppe hinauf, anstatt hinunter zu gehen und flüchtete in eine Loge, wo sie durch den Rauch erstickte. Die Mutter der 19jährigen Mlle. Henriot soll, als man ihr den Tod ihrer Tochter mittheilte, wahnsinnig geworden sein. Man glaubt, daß das Feuer von einem Kamin des Heizapparats ausgegangen ist und sich, da dieser voll Ruß war, schnell vom Parterre bis zum Dach ausbreitete. Das Theater wird für völlig verloren gehalten und wird von Grund aus wieder neu erbaut werden müssen. Es heißt, daß inzwischen das Théâtre de l'Odéon den Schauspielern des Théâtre Français zur Verfügung gestellt werden soll, damit diese ihre Vorstellungen nicht zu unterbrechen brauchen.

Paris, 8. März. Die Abendblätter, die sich fast ausschließlich mit dem Brande des Théâtre Français beschäftigen, rühmen die Unerschrockenheit der Feuerwehrleute, tadeln jedoch in schärfster Weise die Organisation des Feuerwehrdienstes. In der ersten halben Stunde herrschte Wassermangel. Die meisten Schläuche barsten. Es scheint, daß für die Nachmittagsvorstellungen kein entsprechender Feuerwehrdienst eingerichtet war. Auch der eiserne Vorhang funktionirte nicht. Seit dem 1. Januar hat es schon dreimal im Theater gebrannt und auf Anordnung der Theater-Kommission sollten neue Vorkehrungen getroffen werden. Der Direktor des Théâtre Français hat die Angestellten des Theaters für heute abend zu einer Versammlung in der Mairie des ersten Arrondissements einberufen. — Wie die Schauspielerin Dudlay einem Berichterstatter mittheilte, befand sie sich, entgegen einer früheren Meldung, beim Ausbruch des Feuers nicht auf der Bühne, sondern in ihrem Ankleidezimmer. Sie vernahm dort von der Bühne her ein starkes, wie von einer Explosion herrührendes Getöse und sah, als sie hinauseilte, die Dekorationen bereits lichterloh brennen. Während des Brandes haben einige Individuen die allgemeine Verwirrung benützt, um verschiedene im Theater befindliche Gemälde aus ihren Rahmen zu schneiden und diese ungestört mitzunehmen.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Getreide.

New York, 8. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 78½, März 76½, Mai 73, Juli 72½, September 72½. Mais März —, Mai 40⅝, Juli 40½. Mehl 2.70. Getreidefracht 3¾.

Chicago, 8. März. [Telegr.] Weizen Mai 66½, Juli 67½, Mais Mai 35½.

Hamburg, 8 März. Weizen loco ruhig, loco holsteinischer 147—151. Roggen loco ruhig, mecklenburger loco neuer 142—145, russischer loco ruhig, 109. Hafer stetig. Gerste stetig.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren

New York, 8. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 6.20, do. Rohe und Brothers 6.45.

Petroleum.

* **New York**, 8. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 9.90, do. in Philadelphia 9.85, do. Refined (in Cases) 7.10 do. Credit Balances at Oil City 1.65.60.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.							Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	7. März	+ 1.18	8. März	+ 1.15	8	—
Weissenfels, Oberpegel	»	2.72	»	2.7[illegible]	2	—
do. Unterpegel	»	+ 1.46	»	+ 1.36	10	—
Trotha	8. »	—	9. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	7. »	+ 2.82	8. »	+ 2.70	3	—
do. Unterpegel	»	+ 3.40	»	+ 3.26	14	—
Bernburg	»	+ 3.20	»	+ 2.98	23	—
Kelbe, Oberpegel . . .	»	+ 2.26	»	+ 2.18	8	—
do Unterpegel	»	+ 3.20	»	+ 2.98	22	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe	März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis . . .	7 + 0.25	—	5	Torgau	8. + 3.96	28	—
Prag	» + 1.67	9	—	Wittenberg . .	» + 4.10	17	—
Jungbunzlau .	» + 0.28	4	—	Rosslau . . .	» + 4.24	7	—
Laun	» + 1.08	21	—	Barby . . .	» 4.60	16	—
Pardubitz . .	» + 1.25	15	—	Magdeburg . .	» + 4.17	23	—
Brandeis . . .	» + 2.36	22	—	Tangermünde .	» + 5.10	22	—
Melnik	» + 2.15	19	—	Wittenberge .	» + 5.3	—	6
Leitmeritz . . .	» + 1.93	19	—	Dömitz Peg.	7. + 4.30	—	19
Aussig	8 + 2.55	28	—	Lauenburg .	8 + 4.31	—	23
Dresden . . .	» + 1.32	25	—				

Aussig, 8. März. Von den Plätzen werden 120 cm Fall gemeldet. Heutige Fahrtiefe — Zoll österr. Maß. Frecht nach Magdeburg das Doppel-Hektoliter — Pfg. mit Staffel bezahlt.

Berliner Börse

vom 8 März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 5½, Lomb. 6½, Amsterdam 3½, Brüssel 3½, Petersburg 8, Wien 5. London 4. Paris 3½.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.		
Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	97,50bz6
do. do. 1892	3½	95,60bz
Brandenburger St.-Anl.	3½	— —
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl. . .	3½	93,25bz
Bad. Staats-Kis.-Anl. .	3½	— —
Bayrische Anleihe . .	3½	94,60bz6
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	130,30bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	135,10bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	130,50G
Meininger 7 fl.-Loose .	—	— —
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	127,75bz

Ausländische Fonds.		
Argent. Gold-Anl.	5	83,90bz
do. innere do.	4½	71,10G
Bayr. 100 Lire-Loose	—	22 60bz
Bukar. Stadt-Anl. 1884	4½	91,50G
do. do. 1888	4½	92,50bz6
Chilen Gold-Anl. 1889	4½	87,60
Egyptische priv. Anl.	3½	— —
do. do. do.	—	25,00bz
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	38,10bz6
Griech. Anl. 1881 - 84	—	33,50bz6
do. kons. Goldrente	—	25,50bz6
do. Monopol-Anl.	—	37,90G
do. Gld.-Anl. v. 1890	—	13,50bz
Mailand. 10 Lire-Loose	—	100,25bz
Mexikaner Anl. à 100	5	100,25G
do. à 20	5	20,25G
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	4	137,25B
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	— —
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	103,75bz6
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig. .	4	— —
do. Baden-Kredit . .	5	— —
do. 3% do. do. gar.	3	95,60B
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. do. 1866	5	277,00bz6
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	94,10G
do. do. 1890	3½	95,00G
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	— —
Türkische Anleihe D. .	1	23,25G
do. Administ. . .	5	88,2 B
do. 400 Frcs-Loose .	—	122,70bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	101 00B
do. Kr.-R. . .	4	93,50bz6
do. Staats-R. 97	3½	82,50bz6

Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Anilinfabr. .	12½	269,25bz6
Admiralsgarten-Bad . .	4	84,5 bz6
Annaburger Steingut .	4	133,00G
Archimedes	18	276,40bz6
Bauges. Berl. Chrl. i. Liq.	—	294 00bz
do. E.-Wilm. T.-G. i. Liq.	—	1 25bz
Braunschweiger Jute .	15	190,00bz6
Berl.-Anh. Maschinen .	15	226,00bz6
Berliner Bockbrauerei	10	190,50bz6
do. Brauerei Königst.	4½	115,25G
do. Union Gratwein	4	122,25G
Brsl. Eisenb. W., Linke	16	283,50bz6
Breslauer Oelwerke . .	1	87,00bz6
Cement-Bau-Ges. Berl.	0	126,00G
Charlott. Wasserwerk	11	276,00G
Chem. Fabr. Schering .	5½	227,00bz6
Chemn. Masch. Zimm.	14	268,90bz
Dessauer Gas	13½	216 00bz6
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	22	316,00bz6
Dtsche Jutespinnerei	12	151,90bz
Elberfeld. Farbenfabr.	18	301,20G
Erdmannsdorf. Spinn.	2	80,00bz6
Freund Masch. konv.	21	4-7,50G
Görlitzer Eisenbhd. .	18	272,50bz6
Hagener Gussstahl . .	6½	149,50G
Hausa, Dampfschiff. .	14	162,50bz6
Harburg-Wien Gummi	12	151,90bz
Harkort St.-Pr. konv.	5	123,8[illegible]gw
do. Brückenb. konv.	7	134,50G
do. do. St.-Pr.	7	135,75G
Hirschberger Masch. .	8	125,50G
Keyling & Th. Eiseng.	6	143,25bz6
Köln-Müsener Bgw. .	1½	79,70bz6
do. conv. .	3	129,70bz6
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	—	324,00G
La Veloce, Ital. D. . .	0	59,80bz
Ludw. Löwe & Co. . .	24	385,00bz6
Mälzerei Wrede . . .	7	107,50bz6
Magdeburger Baubank	3	114 6 G
Magdeb. Strassenbahn.	8	175,00G
Maschin. Breuer . . .	9½	146,00bz6
Neuroder Kunstanstalt	8½	125,50bz6
Nordd. Eiswerke . . .	7	72,00bz6
Omnibus-Gesellschaft	10	235,50bz6
Oppeln Portl.-Cem. . .	11	172,75bz6
Orenstein & Koppel .	22	235,25bz6
Passage	4	85,40G
Pferdebahn, Breslauer	12	302,00bz6
Sangerhäuser Masch. .	22½	309,75G
Schlutter u. Walcker	3	83,50G
Schlesische Cement . .	17½	221,25bz6
Schwartzkopff	14	249,10bz6
Siemens, Glas-Industr	15	239,10G
Siemens & Halske . .	10	177,00bz6
Stettiner Cham. Didier	30	388,75bz6
Südenburg. Maschin. .	—	— —
Ver. Köln-Rottw. Pulv	15	211,50bz6
Vereinsbrauerei Artern	6½	105,00G
Westf. Drahtindustrie	11	204,70bz6
do. Union konv.	16	— —
do. 6% St.-Pr. .	—	— —
Wittener Guss	18	274,50bz
Wilhelmshütte conv. .	12	142,90bz
Zuckerfabr. Fraustad	9	148,00bz6

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig		
Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890 . .	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn . .	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.		
Breslau-Warschau . . .	4	— —
Dortmund-Gronau . E.	4	183,50bz
Marienb.-Mlawkaw . .	5	113,00bz6
Ostpreuss. Südbahn . .	5	110,00G

Eisenb.-Prior.-Obligationen.		
Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	57,90B
do Mittelmeerb. stfr.	4	93,70bz6
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	88,90G
do. Ergänzungsn.	3	8[illegible],60G
do. Gold-Pr.	4	98,00G
Oesterr. Lokalbahn . .	4	97,50G
do. Nordwestbahn	5	107,40G
Südbister. Bahn (Lomb.)	3	7[illegible],50bz6
do. Obligationen	5	100,75B
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A. .	4½	— —
Wangorod-Dombr. gar.	4½	— —
Kosl.-Woronesch Obl. .	4	97.25G
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	98,40bz6
Kursk-Kiew	4	97,90B
Mosco-Kiew-Woron . .	4	97,60bz6
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	98,00G
Mosco-Smolensk . . .	5	97,50G
Orel-Griäsi 1889 . . .	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	97,25G
Rjäsan-Uralsk gar ukl. (b. 1909 . .	4	— —
Rjaschk-Morczansk . .	5	97,50bz6
Rybinsk-Bologoye . .	4	97,60bz6
Russ. Südwestbahn . .	4	98,50G
Transkaukasische . . .	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawkas Oblig. .	4	98,50G
do. unkdb. b. 1906	4	97,80bz6
Manitoba rz. 1933 . .	4½	— —
Northern-Pac. L.b. 1921	6	— —
do. Pref. . .	6	133,30B
do. Gen. Lien.	3	66,30bz6
S Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	— —
do. do.	5	— —
Central-Pacific	5	98,10G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastricht . . .	5	131,50G
Buschtichrader B. . .	13	— —
Halberst.-Blankenb. . .	6	— —
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.		
Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn .	7½	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg . .	4	— —
Krakp. Rud. St. Sch. .	4	95,60bz6
Lemberg-Czernowitz .	6½	— —
Oesterr. Nordwestb. . .	5	— —
do. B. Elbethalb.	5½	— —
Südösterreich (Lomb.)	½	29,40bz
Ungar.-Galiz. (gar.) .	5	— —

Ivangor-Dombrowo . .	5	— —
Kursk-Kiew	9½	— —
Warschau-Terespol . .	5	— —
Warschau-Wien. . . .	19½	— —

Gotthardbahn	5½	143,00bz
Ital. Meridionaux . . .	6½	— —
Lüttich-Limburg . . .	0,10	— —
Schweiz. Centralbahn .	8	— —
do. Nordostbahn .	5½	— —
do. Unionbahn . .	3½	— —

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.		
nh.-Dessauer Pfdbr. .	4	99,10G
Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	99,25bz6
do. V. rz. 100	3½	93,30G
do. VI unkb. b. 1900	4	99,25G
do. VII. unkb. b. 1903	4	99,80G
eutsch. Grundst. Obl.	4	99,25bz6
do. do. V. Vl.	4	100,20bz6
euts. Hp.-B.-Pfd. VII.	4	99 25G
do. I. u. Ia. conv	4	103,30G
omb. Hypothek.-Pfd. S. 251-310 unk. 1905	4	100,00bz
do. unk bis 1909 . .	4	99,50bz
do. S. 01-330, unk. 1905	3½	94,75bz
do. S. 46-190, uk. 1908	3½	92,75bz
do. alte u. conv. . .	3½	92,25bz
tamm. Bod. Pfd. I. uk. 1905	3½	98,00G
do. do. II.	3½	95,50G
teinziger Hyp.-Pfdb.	3½	94,90bz6
do. II unkdb. bis 1900	4	99,60bz6
do.	3½	92,90bz6
do. Präm.-Pfdbr	4	— —
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99,30bz6
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	99,60G
ostpreussische	3½	92,90bz
Pom. H. V., VI. 1900 uk.	4	99,50bz6
Pom. II. VIII. 1904 uk.	4	100,00bz6
Posensche	4	101,30bz
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,75G
do. III, V. u. VI. rz. 100	4	107,80G
do. XIII. rz. 100	4	99,10bz6
do. XIV. ukb. 1905	4	99 70B
do. XV. ukb. 1904	3½	92,50G
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	99,50bz6
do. do. 1890	3½	92,00bz6
do. do. 1903	4	99,40bz6
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	99,60bz6
do. do. XV-XVIII	3½	92,25bz6
Pr. Pfdbr.-Bk. ukb. 1905	4	99,10G
do. XVIII ukdb. 1908	3½	93,75G
do. XIX ukdb. 1909	4	99,50G
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	95,25G
do. „ „ b. 1908	4	100,60G
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	93,60bz6
Rh.-W. Bder. I. II. V. ukb. b. 1905. .	4	99,50G
„ II. u. IV., b. 1901	3½	92,70G
„ VI., ukdb. 1908	3½	93,50G
„ VII., unkdb. 1908	4	99,40G
Sächsische	3½	95,90bz
do.	3	84,50B
do.	3	91,75G
Westpr. ritt. I. I. B	3½	92,70G
Pommersche	4	102,90G
Preussische	4	101,20G
Sächsische	4	102,00G
Schlesische	4	101,20G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	2	119,50bz6
Arenberger Bergwerk .	75	1748,50
Baroper Walzwerk . .	0	238 00bz6
Berzelius	7	199,50G
Bismarckhütte	18	327,50bz6

Leipziger Börse, 8 März.

Zt.		M.	Zt.		M.
3	Sächs. Rent.-Anl.	85,00G	4	Mansf. Gew. 1832	100,00G
3	do. 1000	85,00G	4	do. 1879	100,00G
3	do. 500	85,00G	4	do. Gew. 1887	100,00G
		Thlr.	3½	Stadtobl. 1884 konv.	95,00G
3½	Staatsanl. 1855.	91,50G	3½	do. 1886 konv.	95,00G
3½	do. 67 kv. 4%	500 96,75bz	3½	Altb. Landoblig.	1000 97,00G
3½	Landrentenbr.	500 94,75G	3½	do. do.	500 97,00G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
15	Aussig-Tepl. 500 fl. .	316,50B
7½	Böhm. Nordbahn	— —
14½	Buschtiehrad. Lit. A.	315.00B
13	do. do. B.	— —
10fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —
6	Graz-Köflach . . .	134,50G
8	Marienburg-Mlawka	81.50G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
6	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	196,50B
9	Dresdener Bank	165,90G
10	Leipziger Bank . . .	247,50G
10	Leipziger Bank	174,60bz6
8	do. Hypoth.-B.	135,75G
7	do. Kred.- u. Sparb.	121,25bz6
6%	Sächs. Bank	136,20B
7	Zwickauer	116,00B

Div.	Industrie-Papiere.	
12	Chemn. Werkz. (Zim.)	209,50bz6
18	Cröllw. Papierfabr.	— —
4	4% do. Schildvschr.	99,00G
0	Dörstewitz-Rattu.	70,25G
5	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	148,00B
24	Gerner Jutesp. u. W.	260,00G
12	Germania (Schwalbe)	163,00B
27	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	690,00G
61½	do. do. Pr.-A. I	1175B
57	do. do. do. II	1100G
1½	Hallesche Str.-B.	— —
3	Kette Eibach.-G.-Akt.	90,50G
8	Körbisd. Zuckerfb.	198,00bz6
5½	Leipz. Baubank	104,20G

Div.		
5½	Leipz. Elektr.-Werke	116,00G
4	do. elektr. Strassb	124,30B
8	do. Gr. elektr. Strassb	158,00bz6
10	do. Baubr. Reudn., v. Riebeck & Co.	207,50G
8	Lpz. Kammgarnsp.	172,70B
12	do. Malzf. Schkeud	154,00bz6
10	do. Wollkämmerei	132[illegible]bz6
15 M.	Mansfelder Kupe	143,00bz6
11	Portl.-Cement Halle	89,50G
2	Sächs. Kammg.	165,00B
7	Sächs. M.-F. (Hartm.)	— —
9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	244,00B
15	Thür. Gasges. Spz.	248,00B
5	do. Stamm-Pr.	250,00B
7	S.-Thür. Br.-V. St.-Pr.	— —
6	do. do. St.-Pr.	140,50bz6
6	Zeitzer Par. u. S.-F.	99,50G
6	do. do. Oblig.	128,00G
9	Zuckerfabr. Glauzig	115,00G
4⅜	Zuckerraff. Halle	115,00G

%	Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.	
3½	Aussig-Teplitzer	91,00B
5	Böhm. Nordbahn	— —
5	do. do. Gold	98,90G
6	Buschtiehr. 1896 (stfr.)	96,00G
5	do. do. (stfr.)	— —
5	do. Em. 1868/71/72	— —
4½	do. Gold	75,75B
5	Dux-Bodenbach 1871	103,75G
5	do. Em. 1874	97,75G
5	do. do.	68,00G
4½	Graz-Köflacher	72,25B
5	do. Em. v. 1871 u. 72	— —
4	Kaschau-Oderberg	— —
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

(Mit Unterhaltungsblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000309015/fragment/page=0004